Datum:

24.04.2012

**An den Vorsitzenden des
Beirates für Behindertenfragen**

Antrag

Aufnahme in die Tagesordnung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Beirat für Behindertenfragen	25.04.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Ablehnung der oberen Schulaufsicht der Bezirksregierung Detmold vom 04.04.2012 über die Reduzierung der Zügigkeit der Martin-Niemöller-Gesamtschule (MNG) von 8 auf 7 Züge, zwecks Einrichtung einer zweiten integrativen Lerngruppe

Beschlussvorschlag:

Der Beirat für Behindertenfragen der Stadt Bielefeld fordert die Bezirksregierung Detmold als obere Schulaufsicht auf, die Ablehnung vom 04.04.2012 umgehend zurück zu nehmen und dem Antrag der Reduzierung der Zügigkeit der Martin-Niemöller-Gesamtschule (MNG) zwecks Einrichtung einer zweiten integrativen Lerngruppe zu entsprechen.

Begründung:

Der Beirat für Behindertenfragen nimmt mit Entsetzen die Verfügung der Bezirksregierung Detmold als Obere Schulaufsicht vom 04.04.2012 zur Kenntnis. Die Mitteilung des Amtes für Schule aus der öffentlichen Sitzung des Schul- und Sportausschusses vom 24.04.2012 ist als Anlage beigefügt.

Der Beirat für Behindertenfragen verwehrt sich massiv gegen die Gewichtung des Menschenrechtes zur Inklusion von Kindern mit Förderbedarf als nachrangig gegenüber einer Schulzügigkeit zu bezeichnen. Die Schule, der Schul- und Sportausschuss, der Beigeordnete für Schule und Kultur der Stadt Bielefeld und die beteiligten Schuldezernenten der Bezirksregierung Detmold haben sich dafür eingesetzt, dass die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen (UN-BRK) Schritt für Schritt umgesetzt wird und erhalten nun diesen Rückschlag. Natürlich ist es nicht einfach, im Rahmen der Reduzierung der Zügigkeit noch mehr Kinder an der Schule abzuweisen. Dennoch wurde dieses akzeptiert und die Kinder sind zwischenzeitlich an anderen Schulen angemeldet. .

Für die Einrichtung eines weiteren Zuges einer integrativen Lerngruppe bedarf es wesentlich mehr Differenzierungsräume, baulicher und konzeptioneller Vorbereitung. Deswegen hat sich die Schule und das Amt für Schule rechtzeitig damit befasst. Die Entscheidung der Bezirksregierung als Obere Schulaufsicht macht diese Planungen und Vorbereitungen zunichte.

Berichterstattung:

Anne Röder

Unterschrift:

gez. Anne Röder